

Janusz Józef Węc

Uniwersytet Jagielloński w Krakowie

Die politische Debatte zur zweiten Systemreform der Europäischen Union in Deutschland (2011–2012)

Abstract

The present analysis focuses on the political debate that took place in Germany in 2011–2012 regarding the possible transformation of the European Union into a Political Union. This change was perceived in Germany as a way of overcoming the fiscal crisis in the Euro Zone. However, following opposition from the governments of the majority of member states in the European Union, Germany abandoned plans to force through its own radical project and adopted instead a much more pragmatic plan proposed by European Union institutions, including establishing Banking Union in the Euro Zone, creating the Zone's own budget together with mechanisms for coordinating economic policies (including tax and employment policies).

Key words: Germany, European Union, Political Union, Euro Zone, Banking Union

Die Debatte zur zweiten Systemreform der Europäischen Union begann im Herbst 2011.¹ Am 3. Oktober 2011 sprach sich der Finanzminister Wolfgang Schäuble dafür aus, eine radikale Reform der Europäischen Union mit dem Ziel durchzuführen, die Schuldenkrise in der Eurozone zu überwinden und

¹ Die Debatte zur ersten Systemreform der Europäischen Union fand in den Jahren 1996–2007 statt, wobei wichtige Etappen dieses Prozesses die Regierungskonferenzen 1996–1997, 2000, 2003–2004 und 2007 sowie zwei Europäische Konvente 1999–2000 und 2002–2003 waren. Infolgedessen kam es zur Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages vom 2. Oktober 1997, des Nizza-Vertrages vom 26. Februar 2001, des Verfassungsvertrages vom 29. Oktober 2004 sowie des Lissaboner Vertrages vom 13. Dezember 2007.

die EU zukünftig in eine Politische Union umzugestalten. Die Vorschläge von Schäuble unterstützten im Laufe der Zeit CDU, FDP, SPD und das Bündnis'90/Die Grünen. In den nachfolgenden Monaten führten sie eine Umorientierung ihrer Parteiprogramme in der Europapolitik durch.

Am 14. und 15. November 2011 nahm der 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig einen Beschluss zur Europapolitik an, in dem er sich dafür aussprach, die Europäische Union in drei Etappen in eine Politische Union umzuwandeln. Die erste Etappe würde darin bestehen, die Wirtschafts- und Währungsunion u.a. durch die Erweiterung von Kompetenzen der Europäischen Zentralbank zu stärken. In der zweiten Etappe solle die Wirtschafts- und Währungsunion endgültig „vollendet“ werden. In der dritten Etappe müsse man die Europäische Union durch Änderungen der EU-Verträge in eine Politische Union umgestalten, was aber als Herausforderung für das „Europa von morgen“ verstanden würde. Im Rahmen der Politischen Union sollten auch die EU-Institutionen reformiert werden. Der Rat der Europäischen Union müsse in die zweite EU-Kammer (neben dem Europäischen Parlament) umgestaltet werden. Dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union würde man das Initiativrecht für die EU-Gesetzgebung geben müssen. Außerdem sollte der Vorsitzende der Europäischen Kommission von allen Unionsbürgern direkt gewählt werden.

Am 22. April 2012 nah, auch der 63. Bundesparteitag der FDP in Karlsruhe eine Entschließung zur Europapolitik an, die weit über die CDU-Vorschläge hinausging. Die Liberalen haben sich in diesem Dokument nicht nur dafür ausgesprochen, die Europäische Union in eine Politische Union umzugestalten, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken sowie die Europäischen Sicherheitskräfte zu gründen, aber sie forderten auch, diese Politische Union langfristig zu einem europäischen Bundesstaat zu transformieren. Was das institutionelle System der Politischen Union anbelangt, sollte der Europäische Rat – und nicht der Rat der Europäischen Union wie im o.g. Beschluss der CDU – in die zweite EU-Kammer umgewandelt werden. Die FDP hat ähnlich wie CDU Forderungen artikuliert, dem Europäischen Parlament das Initiativrecht zu geben und die Wahl des Vorsitzenden der Europäischen Kommission direkt von allen Unionsbürgern einzuführen. Außerdem postulierten die Liberalen eine ganz neue Institution, und zwar das Europäische Subsidiaritätsgericht, zu schaffen.

Neben der CDU und der FDP haben auch die beiden Oppositionsparteien, d.h. die SPD und das Bündnis'90/Die Grünen, die Umorientierung ihrer Programme in der Europapolitik durchgeführt. Vom 25. bis 27. November 2011 hat die 33. Bundesdelegiertenkonferenz des Bündnis'90/Die Grünen in Kiel zwei neue Beschlüsse zu dieser Politik gefasst. Die Grünen plädierten u.a. dafür, eine wahre Fiskal- und Wirtschaftsunion im Rahmen der EU mit dem Ziel einer endgültigen Vollendung dieser Union zu gründen. Die Europäische Kommission sollte für die Koordination von Wirtschafts- und

Finanzpolitiken der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich werden. Die gesamte Europäische Kommission (und nicht nur derer Vorsitzende) solle direkt durch das Europäische Parlament gewählt werden. Dieser letzten Institution müsse man auch das Initiativrecht einräumen. Abgesehen davon sollte die Prozedur der Revision von Verträgen so reformiert werden, um auch hier die sogenannte doppelte Mehrheit als Entscheidungssystem einzuführen.

Der Bundesparteitag der SPD hat auch vom 4. bis 6. Dezember 2011 in Berlin eine EntschlieÙung angenommen, in der sich die Sozialdemokraten u.a. dafür aussprachen, so schnell wie möglich eine Fiskalunion in der Eurozone zu schaffen und die Europäische Union zukünftig in eine Politische Union in drei Phasen umzugestalten. Im Rahmen der Politischen Union sollte das Europäische Parlament das Initiativrecht erhalten und seine Kompetenzen sollen aufgrund der Beschlüsse der EU-Institutionen im Nachhinein erweitert werden.

Einige Bedenken gegen die zweite Systemreform als Weg aus der Schuldenkrise haben dagegen die CSU und die Partei *die Linke* geäuÙert. Der CSU-Vorsitzende, Horst Seehofer, hat nicht nur die Vorschläge von Schäuble sofort scharf kritisiert, sondern auch erklärt, dass die CSU und Bayern nie den Weg in die Vereinigten Staaten Europas gehen werden. Der Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) warf Schäuble vor, die Schuldenkrise in der Eurozone mit dem Ziel zu instrumentalisieren, den europäischen Zentralismus in der EU zu stärken und eine Politische Union zu gründen. In einer EntschlieÙung zur Europapolitik, die der Landesparteitag der CSU (7.–8. Oktober) 2011 in Nürnberg verabschiedete, sprach sich diese Partei gegen die Vorschläge von Schäuble aus, forderte aber zugleich, eine innere und äußere Konsolidierung der EU aufgrund des Lissaboner Vertrages durchzuführen. Ansonsten sollte sowohl dem Rat der Europäischen Union, als auch dem Europäischen Parlament das Initiativrecht gegeben werden, wobei dieser letzten Institution neue Kontrollkompetenzen gegenüber der Europäischen Kommission einzuräumen sind. Auch die Partei die Linke sprach sich gegen die zweite Systemreform der Europäischen Union aus. Vom 21. bis 23. Oktober 2011 verabschiedete der Bundesparteitag dieser Partei einen Beschluss, in dem man sich u.a. für die Reform der Organisationsstruktur und die radikale Begrenzung der EU-Kompetenzen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht aussprach.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zum ersten Mal erst am 23. November 2011 zu den Schäuble-Vorschlägen im Bundestag geäuÙert. Ohne auf die Politische Union als Ziel der Systemreform der Europäischen Union einzugehen, sprach sie sich dafür aus, den Stabilitäts- und Wachstumspakt in europäische Verträge zu inkorporieren und eine Fiskalunion als politisches Gebäude zu gründen. Am 7. Februar 2012 stellte Merkel ihre Konzeption der Politischen Union in erweiterter Fassung dar. Sie be-

tonte dabei, die Politische Union solle eine internationale Organisation mit starken Institutionen bilden. Die Kompetenzen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments müssten weitgehend erweitert werden, der Rat der Europäischen Union sollte dagegen die Rolle einer zweiten Kammer erfüllen. Genau zwei Monate später schlug die Bundeskanzlerin vor, einen Arbeitsplan zur Schaffung einer Politischen Union auszuarbeiten, wobei diese neue Organisation als elastische Integration („Europa der zwei Geschwindigkeiten“) gegründet werden sollte.

Am 4. Juni 2012 hat der ehemalige Außenminister Joschka Fischer die bisherige Sparpolitik der Bundesregierung als Methode der Krisenbewältigung scharf kritisiert. Seiner Meinung nach hat diese Sparpolitik die Vertiefung der Finanzkrise in der Eurozone hervorgerufen.

Tabelle 1. Wichtigste Programmzielsetzungen von CDU, FDP, SPD, des Bündnis'90/Die Grünen, CSU und der Linken zur Europapolitik in den Jahren 2011–2012

Politische Partei	Endziel der Integration	Reform der EU-Institutionen
CDU	Politische Union in drei Phasen	1. Rat der EU – zweite EU-Kammer 2. EP und Rat der EU – Initiativrecht 3. EK – direkte Wahl des Vorsitzenden
FDP	1. Politische Union 2. Europäischer Bundesstaat	1. ER – zweite EU-Kammer 2. EP – Initiativrecht 3. EK – direkte Wahl des Vorsitzenden 4. Europäisches Subsidiaritätsgericht
SPD	Politische Union in drei Phasen	1. EP – Initiativrecht 2. EP – Erweiterung von Kompetenzen des EP aufgrund der Beschlüsse der EU-Institutionen
Bündnis'90/Die Grünen	1. Europäische Union 2. Vollendung der WWU (FU und WU)	1. EK – Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitiken der EU-Mitgliedstaaten 2. EP – Initiativrecht und direkte Wahl durch EP der gesamten EK 3. Revision der Verträge mit doppelten Mehrheit
CSU	Innere und äußere Konsolidierung der EU aufgrund des LV	1. EP und Rat der EU – Initiativrecht 2. EP – neue Kontrollkompetenzen über die EK
Die Linke	Reform der Organisationsstruktur der EU	Begrenzung der Kompetenzen der EU in GASP und RFSR

Deswegen sprach sich Fischer dafür aus, Strukturreformen in der Eurozone durchzuführen, um eine Fiskalunion zu gründen und dann auch die Politische Union ins Leben zu rufen. Deutschland müsste sich für eine Fiskalunion entscheiden und das hieße, dass Deutschland das finanzielle Überleben der Eurozone mit seiner Wirtschaftskraft und seinem Vermögen garantieren müsse. Deswegen sollte auch Frankreich ja zur Politischen Union sagen.

Elf Wochen später, am 26. August 2012 informierte „Der Spiegel“, dass Bundeskanzlerin Merkel auf der Sitzung des Europäischen Rates im Dezember d.J. über den Termin der Berufung eines neuen Europäischen Konvents diskutieren möchte. Zwar dementierte bald danach Merkel diese Information, aber es war schon seit einiger Zeit völlig klar, dass die Bundesregierung bis jetzt viel getan hatte, um sowohl die Institutionen der Europäischen Union, als auch die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten für ihre Pläne der Gründung der Politischen Union zu gewinnen.

Die Debatte zur zweiten Systemreform der Europäischen Union verlor, wegen der sehr kritischen Einstellung zu dieser Reform seitens einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union – mit Frankreich an der Spitze –, im September 2012 in Deutschland viel von ihrer Dynamik. Bereits Ende Juni 2012 sprach sich der französische Minister für europäische Fragen dagegen aus, die Politische Union als Bedingung der Krisenbewältigung in der Eurozone zu betrachten. Auch der polnische Außenminister, Radosław Sikorski, änderte seine bisherige Meinung zur Politischen Union vom 28. November 2011, hatte er doch bereits Ende August 2012 als Bedingung für die Lösung der Schuldenkrise eine Revision der europäischen Verträgen genannt.

Einen Umbruch in der deutschen Debatte zur zweiten Systemreform der Europäischen Union stellten jedoch die drei Memoranden des Vorsitzenden des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, von Juni, Oktober und Dezember 2012 dar, in denen er sich für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion in drei Phasen aussprach. In der ersten und zweiten Phase (2012–2014) sollte eine Bankenunion, als ein integrierter Finanzrahmen, gegründet werden. In der zweiten und dritten Phase (2013–2014 und danach) müsste man einen integrierten Haushaltsrahmen (Sechserpaket, Fiskalpakt, Zweierpaket und Eurozone-Budget) sowie einen integrierten Wirtschaftsrahmen (Kordinierung von Wirtschaftspolitiken) schaffen. Diese Zielsetzungen wurden im Dezember 2012 durch den Europäischen Rat aufgenommen. Sie bedeuteten, dass der Europäische Rat der Krisenbewältigung in der Eurozone uneingeschränkte Priorität über die zweite Systemreform der Europäischen Union gab.

Die Diskussion über die drei Memoranden von Herman Van Rompuy hat dazu beigetragen, dass auch die Bundesregierung und die politischen Parteien in Deutschland ihre bisherige Meinung zur zweiten Systemreform der Europäischen Union änderten. Am 7. November 2012 erklärte Bundeskanzlerin Merkel bei einer Rede im Europäischen Parlament zum ersten

Mal, dass die Krisenbewältigung in der Eurozone und nicht die zweite Systemreform der Europäischen Union eine absolute Priorität für die Bundesregierung habe. Auch alle politischen Parteien in Deutschland, bis auf das Bündnis'90/Die Grünen, die sich bis jetzt für eine radikale Systemreform der EU und die Gründung der Politischen Union eingesetzt hatten, änderten ihre bisherigen Programme zur Europapolitik. Dies bedeutete, dass die Systemreform der EU auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist.

Literaturverzeichnis

1. Quellen

- Bundesparteitag der CDU am 14.–15. November 2011 in Leipzig. Beschlüsse. Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland. Antrag des Bundesvorstandes der CDU, <http://www.cdu.de/>, [20.06.2013].
- Bundesparteitag der CDU am 3.-5. Dezember 2012 in Hannover. Beschlüsse. Starkes Deutschland. Chancen für Alle!, www.cdu.de/, [20.06.2013].
- Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz am 25.–27. November 2011 in Kiel. Beschlüsse. Die Zukunft ist Europa, http://www.gruene.de, [20.06.2013].
- Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz am 25.–27. November 2011 in Kiel. Beschlüsse. Europa gewinnt zusammen – oder verliert, http://www.gruene.de, [20.06.2013].
- Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz am 16.–18. November 2012 in Hannover. Beschlüsse. Europa entsteht durch Taten, www.gruene.de, [20.06.2013].
- Ordentlicher Bundesparteitag der FDP am 13.–15. Mai 2011 in Rostock. Beschlüsse. Europa ist Deutschlands Zukunft, www.fdp.de, [20.06.2013].
- Ordentlicher Bundesparteitag der FDP am 22. April 2012 in Karlsruhe. Beschlüsse. Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft, www.fdp.de, [20.06.2013].
- Ordentlicher Bundesparteitag der FDP am 9.–10. März 2013 in Berlin. Beschlüsse. Europas Zukunft gestalten – kein Zurück zur Schuldenpolitik der Vergangenheit, www.fdp.de, [20.06.2013].
- Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD am 9. Dezember 2012 in Hannover. Beschlüsse. Miteinander. Für Deutschland, www.spd.de, [20.06.2013].
- Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Anträge an den 25. Parteitag am 4.–5. Dezember 2012 in Hannover. Starkes Deutschland. Chancen für Alle!, <http://www.cdu.de/>, [20.06.2013].
- Deutscher Bundestag. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 17. Wahlperiode, 142. Sitzung am 23. November 2011, <http://dip21.bundestag.de/>, [20.06.2013].
- Merkel für Europa der zwei Geschwindigkeiten. Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im ARD-Morgenmagazin am 7. Juni 2012, <http://cities.eurip.com/>, [20.06.2013].
- Ordentlicher Bundesparteitag der SPD am 4.–6. Dezember 2011 in Berlin. Beschlüsse. Neuer Fortschritt für ein starkes Europa, http://www.spd.de, [20.06.2013].
- Parteitag der Christlich-Sozialen Union am 7.–8. Oktober 2011 in Nürnberg. Beschlüsse. Die europäische Einigung und der Euro, http://www.csu.de, [20.06.2013].
- Parteitag der Christlich-Sozialen Union am 19.–20. Oktober 2012 in München. Beschlüsse. Zukunft Europa: handlungsfähig in der Krise, schlank im Innern, stark nach Außen, http://www.csu.de, [20.06.2013].

- Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages der Partei Die Linke vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011, <http://www.linke.de/>, [20.06.2013].
- Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der BELA-Foundation am 7. Februar 2012 in Berlin, <http://www.bundeskanzlerin.de/>, [20.06.2013].
- Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Diskussionsveranstaltung „Die künftige Gestalt Europas“ an der juristischen Fakultät der Karls-Universität am 3. April 2012 in Prag, <http://www.bundeskanzlerin.de/>, [20.06.2013].
- Sonder-Länderrat am 24. Juni 2012 in Berlin. Beschlüsse. Mehr Mut zu Europa, <http://www.gruene.de/>, [20.06.2013].

2. Monographien und Beiträge

- Bachmann, Klaus (2004): *Konwent o przyszłości Europy. Demokracja deliberatywna jako metoda legitymizacji władzy w wielopłaszczyznowym systemie politycznym*. Wrocław: Atut.
- Barcz, Jan (2003): *Traktat z Nicei. Zagadnienia prawne i instytucjonalne*. Warszawa: Wydawnictwo Prawo i Praktyka Gospodarcza.
- Barcz, Jan (2010): *Unia Europejska na rozstajach. Traktat z Lizbony. Dynamika i główne kierunki reformy ustrojowej*. Warszawa: Instytut Wydawniczy EuroPrawo.
- Bieber, Roland / Epiney, Astrid / Haag, Marcel (2005): *Die Europäische Union. Europarecht und Politik*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Corbett, Richard (1993): *The Treaty of Maastricht. From Conception to Ratification*. Harlow: Longman Group UK.
- Duff, Andrew N. (1997): *Reforming the European Union*. London: Federal Trust.
- Galloway, David (2001): *The Treaty of Nice and Beyond. Realities and Illusions of Power in the EU*. Sheffield: Sheffield Academic Press.
- Edwards, Geoffrey / Pijpers, Alfred (Hrsg.) (1997): *The Politics of European Treaty Reform. The 1996 Intergovernmental Conference and Beyond*. London: Pinter.
- Jesień, Leszek (1998): *Po Amsterdamie przed poszerzeniem. Panorama polityczna Unii Europejskiej*. Warszawa: Kolegium Europejskie.
- Laursen, Finn / Vanhoonaeker, Sophie (Hrsg.) (1992): *The Intergovernmental Conference on Political Union. Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community*. Dordrecht: Nijhoff.
- Mik, Cezary (2010): *Unia Europejska w dobie reform. Konwent Europejski – Traktat konstytucyjny – Biała Księga w sprawie rządzenia Europą*. Toruń: TNOiK „Dom Organizatora.“
- Milton, Guy / Keller-Noellet Jacques (2005): *The European Constitution. Its Origins, Negotiation and Meaning*. London: John Harper Publishing.
- Monar, Joerg / Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2000): *The European Union After the Treaty of Amsterdam*. New York: Continuum.
- O’Keeffe, David / Twomey, Patrick (Hrsg.) (1999): *Legal Issues of the Amsterdam Treaty*. Oxford: Hart Publishing.
- O’Keeffe, David / Twomey, Patrick (Hrsg.) (1994): *Legal Issues of the Maastricht Treaty*. London: Wiley.
- Pernice, Ingolf (Hrsg.) (2008): *Der Vertrag von Lissabon: Reform der EU ohne Verfassung?*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Plenzler, Małgorzata (1998): *Konferencja międzyrządowa Unii Europejskiej i jej efekty dla rozwoju europejskich procesów integracyjnych*. Poznań: UAM.
- Schweitzer, Michael / Hummer, Waldemar (1996): *Europarecht. Das Recht der Europäischen Union – Das Recht der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EG, EAG) – mit Schwerpunkt EG*. Neuwied: Kriftel.

- Trzaskowski, Rafał (2005): *Dynamika reformy systemu podejmowania decyzji w Unii Europejskiej*. Warszawa: Wydawnictwo Prawo i Praktyka Gospodarcza.
- Westlake, Martin (Hrsg.) (1998): *The European Union Beyond Amsterdam. Concepts of European Integration*. London: Routledge.
- Winter, Jan / Curtin, Deirdre / Kellerman, Alfred / de Witte, Bruno (Hrsg.) (1996): *Reforming the Treaty on European Union*. Hague: Kluwer.
- Węc, Janusz Józef (2006): „Reforma Unii Europejskiej w traktacie konstytucyjnym. Ustrój, aksjologia i kompetencje Unii.“ In: *Politeja*, 2, Kraków, 335–356.
- Węc, Janusz Józef (2007): „Reforma systemu instytucjonalnego Unii Europejskiej w czasie obrad konferencji międzyrządowej 2003–2004.“ In: *Politeja*, 1, Kraków, 331–370.
- Węc, Janusz Józef (2008): „The Influence of National Parliaments on the Decision-making Process in the European Union. New Challenges in the Light of the Lisbon Treaty.“ In: *Politeja*, 2/1, Kraków, 201–221.
- Węc, Janusz Józef (2010): „Reforma ustrojowa Unii Europejskiej w traktacie lizbońskim.“ In: *Przegląd Zachodni*, 1, 17–46.
- Węc, Janusz Józef (2011): *Traktat Lizboński. Polityczne aspekty reformy ustrojowej Unii Europejskiej w latach 2007–2009*. Kraków: Księgarnia Akademicka.
- Węc, Janusz Józef (2012): *Spór o kształt ustrojowy Wspólnot Europejskich i Unii Europejskiej w latach 1950–2010. Między ideą ponadnarodowości a współpracą międzyrządową*. Kraków: Księgarnia Akademicka.
- Węc, Janusz Józef (2013): „Debata w Unii Europejskiej na temat drugiej reformy ustrojowej (2011–2012).“ In: *Przegląd Zachodni*, 1, Poznań, 3–28.

3. Presse

- Francja nie chce oddać suwerenności budżetowej, PAP, 26.06.2012, [20.06.2013].
- Kryzys zadłużeniowy: Unia polityczna — łatwiej powiedzieć niż zrobić, Presseurop, 08.06.2012, <http://www.presseurop.eu/pl/>, [20.06.2013].
- Merkel chce dyskusji o ściślejszej współpracy w UE, PAP, 27.08.2012, [20.06.2013].
- Merkel w Parlamencie Europejskim o swojej wizji Europy, Parlament Europejski, Komunikat Prasowy, 08.11.2012, [20.06.2013].
- Merkel für Europa der zwei Geschwindigkeiten. Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im ARD-Morgenmagazin am 7. Juni 2012, <http://cities.eurip.com>, [20.06.2013].
- Mini-szczyt w Rzymie za wspieraniem wzrostu gospodarczego, 22.06.2012, <http://pl.euronews.com>, [20.06.2013].
- Schäuble, Wolfgang: Die Antwort auf die Krise ist ein Mehr an Europa, „Die Welt“, 03.10.2011, <http://www.welt.de/>, [20.06.2013].
- Schäuble sieht in „mehr Europa“ die Lösung der Krise, „Die Welt“, 01.10.2011, <http://www.welt.de>, [20.06.2013].
- Schäuble wirbt verstärkt für Mehr-Europa-Plan, „Die Welt“, 02.10.2011, <http://www.welt.de>, [20.06.2013].
- Schäuble sieht in „mehr Europa“ die Lösung der Krise, „Die Welt“, 01.10.2011, <http://www.welt.de>, [20.06.2013].
- Schäubles Forderung nach „mehr Europa“ spaltet Union, „Westdeutsche Zeitung“, 02.10.2011, <http://www.wz-newsline.de>, [20.06.2013].
- „Der Spiegel“: Merkel domaga się szybko nowego traktatu UE, PAP, 26.08.2012, [20.06.2013].
- Sikorska, Karolina: „Merkel o swojej wizji UE“, <http://www.uniaeuropejska.org/merkel-o-swojej-wizji-ue>, [08.11.2012].